

GGR

Verabschiedungen

Stadtrat **Andreas Bossard** war gestern zum letzten Mal als Exekutivmitglied in einer Sitzung des Grossen Gemeinderates dabei. Der CSP-Stadtrat tritt per Ende Jahr nach 30 Jahren politischer Karriere von seinem Amt zurück und geht in Pension. Bossard war Vorsteher des Departements Soziales, Umwelt und Sicherheit. Barbara Hotz (FDP) verabschiedete Bossard und würdigte seine politische Arbeit. Daneben wurden auch Mitglieder des Grossen Gemeinderates verabschiedet. Es waren dies **Barbara Hotz (FDP), Urs E. Meier (parteilos), Franz Iten (CSP), Theo Iten (CVP), Adrian Moos, Sandra Barmettler, Martin Kühn (alle FDP), Christina Huber Keiser (SP), Manfred Wenger (SVP), Marcus Lämmli (SVP)**. Auch aus seinem Amt verabschiedet wurde Ratspräsident **Stefan Moos (FDP)**.

Nächste Sitzung

Der Grosse Gemeinderat der Stadt Zug tagt wieder am 6. Januar um 16 Uhr im Kantonsratsaal. Die Sitzung ist öffentlich.

Budgetdebatte mit Misstönen

VORANSCHLAG Der Grosse Gemeinderat hat das Budget 2015 um «nur» 424 000 Franken gestutzt – zum Unmut vieler Bürgerlicher.

CHARLY KEISER
charly.keiser@zugerzeitung.ch

Es ist eine Binsenwahrheit: Eine Budgetdebatte mit voraussichtlich schwarzen Zahlen geht ruhiger und schneller über die Bühne als eine mit budgetiertem Verlust. Oder doch nicht? Tatsächlich schafften es die Parlamentsmitglieder des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug (GGR) an der gestrigen Sitzung locker, länger als zwei Stunden über den Voranschlag zu debattieren. Und dabei redeten sie erst noch meist vom Sparen.

Der Grund für die vielen Voten «zum Masshalten und Sparen» liegt beim Damoklesschwert, das über der Stadt hängt. Denn nur dank der Beteiligung des Kantons am Zuger Finanzausgleich (ZFA) sei die Stadt entlastet worden und

könne erstmals wieder positive Zahlen budgetieren, betonten mehrere Redner. Da der Kantonsbeitrag ab 2018 möglicherweise wieder entfallen müsse, eben jetzt schon gespart werden. Ein um 1,2 bis 2,6 Millionen Franken reduziertes Budget war deshalb das Ziel von SVP, FDP und CVP. Der 5-Millionen-Effekt sei schon fast verpufft, mahnte denn auch Martin Kühn (FDP). Es sei wichtig, dass Stadtrat und GGR umsichtig und sparsam seien. Nur so sei die Stadt für die Zeit ab 2018 gewappnet.

«Zug ist wohl die einzige Stadt, der ihre Zentrumslasten nicht vergolten werden», sagte Michèle Kottelat. Und auch «Sozialhilfe» solle nicht ein Dauerzustand sein, ergänzte die GLP-Parlamentarierin. «Und darüber soll und muss man sprechen dürfen.»

Lineare Kürzung scheitert

Nach dem Auftakt gings mit dem Antrag der SVP auf eine lineare Kürzung des Budgets um 1 Prozent in die Details. Das Ansinnen der Volkspartei scheiterte aber mit nur 8 Stimmen klar. 2,6 Millionen Franken sollten damit gemäss SVP-Gemeinderat Philip C. Brunner «als gesamtes Spaziel des Tages» erzielt werden. Martin Kühn (FDP) präsentierte in

der Folge zahlreiche Kürzungsanträge seiner Partei. Ein erster zur Kürzung von 20 000 Franken für ein Projekt in der Gewürzmühle scheiterte noch. Mit 20 zu 16 kürzte der Rat jedoch das Konto «Projekte» von Vroni Straub um 50 000 Franken und hatte damit ein Jugendprojekt im Auge. Straub stemmte sich vergeblich gegen den Antrag, rang aber den Gemeinderäten immerhin ab, dass es in ihrem Ermessen liegt, wo genau sie den Betrag einsparen muss.

«Das Projekt wird trotzdem realisiert.»

DOLFI MÜLLER,
STADTPRÄSIDENT

Sogar 280 000 Franken weniger kann die Stadträtin für Kindertagesstätten ausgeben. Denn nach dem Patt von 19 zu 19 Stimmen entschied Ratspräsident Stefan Moos mit Stichtenscheid im Sinne seiner Partei und für deren Kürzungsantrag. Auf weitere 10 000 Franken muss

die Bildungschefin zudem beim Konto Veranstaltungen und Exkursionen verzichten, denn der Rat votierte mit 22 Stimmen für die Kürzung. Statt zu sparen, kann die Musikschule dank Othmar Keiser 16 000 Franken mehr ausgeben, denn der Betrag sei offenbar zu Unrecht vergessen worden. Der Rat sprach sich klar für den Antrag Keisers aus – und er lächelte. Er war es nämlich, der zuvor jeweils die Kürzungen für seine Partei beantragt hatte.

«Sie haben hier reingepfuscht»

So strich der Rat auch 100 000 Franken für ein städtisches Leitbild. Der CVP-Antrag wurde mit 22 Ja-Stimmen angenommen. Dies zum grossen Unmut von Stadtpräsident Dolfi Müller, der den Gemeinderäten beschied: «Ich sage es klar und deutlich: Sie haben hier reingepfuscht, so wie es Ihnen gar nicht zusteht.» Am Ende der Debatte trat der Stadtpräsident noch einmal ans Mikrofon und doppelte nach: «Das Projekt wird trotzdem realisiert, denn der Stadtrat wird das Geschäft in eigener Kompetenz bewilligen.» Worauf Jürg Messmer resigniert feststellte: «Was wir hier in den letzten zwei Stunden gemacht haben, ist nichts anderes, als Zeit verlautet.»

Beiträge der Stadt bleiben gleich

PENSIONSKASSE st. Der Grosse Gemeinderat hat gestern das Reglement über die Pensionskasse der Stadt Zug in zweiter Lesung verabschiedet. Die Vorlage sorgte Ende Oktober in der ersten Lesung für hitzige Diskussionen und rote Köpfe. Die gestrige Debatte verlief geordneter. Wohl auch, weil der zugezogene Pensionskassenexperte Urs Schläpfer zu Beginn die Konsequenzen der eingereichten Anträge präsentierte.

Ganz emotionslos wurde dann aber trotzdem nicht diskutiert. Zu reden gaben vor allem die Arbeitgeberbeiträge. Der Stadtrat beantragte, diese zu erhöhen – etwa bei den 35- bis 44-Jährigen von heute 10,5 auf 12 Prozent. SVP und FDP stellten sich dem entgegen. Sie forderten die Beibehaltung der Sätze. Urs Bertschi (SP), Monika Mathers und Astrid Estermann (beide Alternative-CSP) setzten sich zwar für eine Erhöhung ein, allerdings eine geringere als der Stadtrat dies vorsah. Das Personal verfüge schon nach altem Reglement über eine hervorragende Pensionskasse, befand Willi Vollenweider (SVP). «Es besteht kein Bedarf, die städtischen Stellenangebote mit einer Luxus pensionskasse noch attraktiver zu machen.» Urs Bertschi hingegen mahnte, dass der Rat mit der Beitragspolitik auch Personalpolitik betreibe. «Dieser Antrag führt zu Rentenverlusten von 12 Prozent. Es stellt sich schon die Frage, ob wir dieses Signal aussenden wollen.» Doch der Rat wollte. Eine Mehrheit folgte der SVP und der FDP.

Daneben sprach sich der Rat dafür aus, dass die Stadt Beiträge an die Pensionskasse leistet, sofern die Wertschwankungsreserven nicht genügend geöffnet sind. Der Grosse Gemeinderat hat allerdings die Möglichkeit, eine Kürzung oder Streichung dieses Beitrags zu beschliessen.

In die Altstadt soll mehr Leben einkehren

ZUG Das Parlament hat gestern die Revision des Reglements beraten. Dabei haben sich die Räte für eine klare Stossrichtung ausgesprochen.

Ein Marschhalt: Das war es, was Bauchef André Wicki im Namen des Stadtrates dem Grossen Gemeinderat (GGR) gestern beantragte. Einlegen wollte ihn die Exekutive bei der Revision des Altstadtreglements. «In den letzten Monaten ist viel darüber gesprochen worden», begründete Wicki das Vorgehen. Es sei dem Stadtrat deshalb ein Anliegen, dass die rechtliche Grundlage einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung genieße. «Wir bevorzugen eine Raumplanung, die im Einklang mit den Betroffenen erarbeitet wird, nicht eine, die auf dem Rechtsweg entschieden wird.»

Der Stadtrat fand sich damit allerdings auf verlorenem Posten. Keine Fraktion unterstützte den Antrag. «Wir sehen nicht ein, wofür wir einen Marschhalt brauchen.» Wenn der Stadtrat die Altstadtbewohner nicht mit einbezogen habe, dann sei das zwar bedenklich, dürfe die ganze Revision aber nicht verzögern, befand etwa Jürg Messmer im Namen der SVP-Fraktion und sprach damit gleich für sämtliche Fraktionen. Einzig Martin Eisenring (CVP), der selbst in der Altstadt wohnt und sich bereits im Vorfeld immer wieder für diesen Marschhalt eingesetzt hatte, stellte sich hinter die Stadt. Er habe für den Entwurf kein Lob. Im Gegenteil: «Das Papier verdient den Namen Reglement nicht. So wie es heute vorliegt, hat es verschiedene grössere Mängel.»

Attraktive Nutzung

Alles Weibeln half nichts. Der GGR behandelte das Reglement in erster Lesung. Doch trotz der grossen Einigkeit



Wo will man mit der Altstadt hin? Diese Frage sorgte im Stadtparlament für hitzige Diskussionen.

Bild Stefan Kaiser

unter den Fraktionen sorgte das Thema für Diskussionen – denn Martin Eisenring gab sich nicht geschlagen. In mehreren Punkten stellte er Anträge auf Anpassungen, Änderungen oder Streichungen. Er fand jedoch nie eine Mehrheit. Der umstrittenste Punkt war ein Absatz in Paragraph 13. Darin geht es um die Nutzung der Erdgeschosse. Die Bau- und Planungskommission (BPK) hatte beantragt, dass diese in Alstadthäusern in der Regel publikumsattraktiv sein müsse und dass bei Nutzungsänderun-

gen Gebäude nicht mehr ausschliesslich als Einfamilienhäuser genutzt werden dürfen. «Damit gehen wir viel zu weit. Hier wird ein Zwang geschaffen, der nur Schaden anrichtet», sagte Eisenring. Doch auch in diesem Punkt gab es für den CVP-Gemeinderat viel Gegenwind. «Wenn wir den Absatz so stehen lassen, dass eine Nutzung als Einfamilienhaus möglich ist, dann leisten wir dem Ausverkauf der Altstadt Vorschub», betonte Urs Bertschi (SP). Adrian Moos (FDP) erklärte zwar, dass ihm die Freiheit der

Eigentümer im Herzen sehr wichtig sei. Aber: «Wenn wir diesen Teil nicht streichen, dann wird die publikumsattraktive Nutzung im Erdgeschoss nach und nach verschwinden. Und das widerspricht ganz fundamental der Stossrichtung dieses Reglements, die Altstadt mehr zu beleben.» Der GGR übernahm schliesslich alle Anträge der BPK. Der Rat wird das Reglement voraussichtlich im Februar in zweiter Lesung verabschieden.

SAMANTHA TAYLOR
samantha.taylor@zugerzeitung.ch

Stadtzuger Bürger unterstützen die Ideen ihres Bürgerrats

ZUG An der Versammlung der Zuger Bürger standen nebst dem Budget zwei Geschäfte im Fokus. Beide fanden eine überwältigende Mehrheit.

Der Bürgerratsversammlung Zug gehts gut. Müssen doch die Bürger der Kantonshauptstadt seit ein paar Jahren keine Steuern mehr bezahlen. Und dies bleibt auch so. Der Antrag um «Beibehaltung

des Steuerfusses» war darum an der gestrigen Bürgerratsversammlung im Burghausaal reine Formsache. Auch das Budget war entsprechend unbestritten – schliesst es doch mit einem Plus von rund einer Viertelmillion Franken.

Bürgerrecht entzogen

Wie geplant kann der Bürgerrat dank dem gestrigen einstimmigen Ja der Gemeindeversammlung die «Fürsorge-, Wohlfahrts- und Kulturstiftung» errichten. Darin wird das von Linda Speck geerbte Vermögen der Bürgerratsversammlung eingebracht. Und zwar, damit es dem

Zweck entsprechend eingesetzt werden kann und um das Handling einfacher zu machen. Denn bislang war die geerbte Liegenschaft an der Poststrasse im Eigentum einer Aktiengesellschaft, die wiederum der Bürgerratsversammlung gehörte.

Es gab von Beat Holdener einige «sehr gute Anträge», die vom Bürgerrat entgegen genommen wurden. «Ich finde es sehr gut, wie sich Beat Holdener konstruktiv eingesetzt und mitgedacht hat», resümierte Bürgerratspräsident Rainer Hager die meist auf Transparenz und Sicherheit zielenden Argumente Holdeners. «Wir werden jeweils einen jährli-

chen Bericht der Stiftung an einer Gemeindeversammlung präsentieren.»

Auch das zweite Ansinnen des Bürgerrats winkte die Versammlung ohne Gegenstimme durch. Sie genehmigte nämlich den Planungs- und Projektkredit von 620 000 Franken für den Bau von altersgerechten Wohnungen im Waldheim. Diese will die Bürgerratsversammlung zusammen mit der Stiftung Alterszentren Zug (AZZ) realisieren. Der Bau der 51 Wohnungen soll rund 20 Millionen Franken kosten. Noch sind zwei Projekte im Rennen. Bürgerratsversammlung und AZZ präsentieren im Januar das

Siegerprojekt. Entsprechend erfreut zeigte sich Präsident Hager: «Ich bin mit den Zustimmungen sehr zufrieden. Haben wir doch aufgrund der beiden Geschäfte in diesem Jahr zusätzliche Arbeit gehabt. Und jetzt sind beide Geschäfte im Trockenen. Das ist toll.»

Unter Varia verriet Hager eine Seltenheit: «Wir haben einen Bürger angezeigt, der sich das Zuger Bürgerrecht mit falschen Angaben angeeignet hat. Der Regierungsrat hat ihm das Bürgerrecht ohne Wimpernzucken entzogen.

CHARLY KEISER
charly.keiser@zugerzeitung.ch